
┌ Büro Landesschülervertretungen - Preußerstr. 1-9 - 24105 Kiel ┐

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Frau Vorsitzende Barbara Ostmeier, MdL

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/239

per E-Mail via Ausschussbüro
Frau Dörte Schönfelder
innenausschuss@landtag.ltsh.de

IHR ZEICHEN

L 215

IHR SCHREIBEN VOM

24. September 2012

MEIN ZEICHEN

LSV LJ

DATUM

16. Oktober 2012

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Landtagswahlen

**Gesetzentwurf der Fraktionen PIRATEN, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/101**

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

im Namen aller LSVen danke ich dem Ausschuss für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Wir begrüßen eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ausdrücklich und freuen uns, dass sich nun endlich auch Schleswig-Holstein auf diesen Weg begibt. Dazu möchte ich Folgendes ausführen:

Wir glauben, dass die Herabsetzung des Wahlalters dazu beitragen kann und wird, dass die Jugendlichen sich mehr als bisher mit Politik auseinandersetzen. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine entsprechende Vor- und Nachbereitung in der Schule. Dazu zählen für uns die Informationen, dass die Wahl stattfindet, wann und wo sie stattfindet, wer zur Wahl steht, wie gewählt wird und auch die Durchführung des Wahl-o-Mat im Unterricht zur Orientierung und zum Kennenlernen des Parteienspektrums. Im Nachgang zur Wahl muss das Ergebnis besprochen werden und auch die Konsequenzen sollten, z. B. durch kritische Analyse des entstandenen Koalitionsvertrags oder Regierungskonzepts, beleuchtet werden.

Es ist wichtig, die Jugendlichen früh ins politische System einzugliedern und ihnen durch das aktive Wahlrecht Anerkennung zu zeigen. So kann ihnen Politik näher gebracht und somit dem geringen Interesse an und der geringen Wertschätzung von Politik Einhalt geboten werden. Viele Jugendliche haben bereits an der Juniorwahl teilgenommen. Die Zahl dieser Jugendlichen ist allerdings wenig aussagekräftig, da die Erfahrung in den Schulen gezeigt hat, dass die Schülerinnen und Schüler die Wahl im Unterricht durchgeführt haben und somit fast alle Schülerinnen und Schüler auch zur Wahl gegangen sind.

Trotzdem kann man eine hohe Wahlbeteiligung als Zeichen deuten, dass Jugendliche gehört werden möchten. In den heutigen Zeiten einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es umso wichtiger, auch die Jugendlichen zu hören und ihre Positionen anzuerkennen und wertzuschätzen, damit sie sich durch Wählen und später auch direkt in die Politik einbringen. Denn sie sind die Basis für eine

Telefon: 0431-578696

Telefax: 0431-578698

e-Mail: info@schuelervertretung.de

HTTP: <http://gymnasien.schuelervertretung.de>

stabile Demokratie: Von den Werten der Demokratie überzeugte Jugendliche und junge Erwachsene, die ihr Wahlrecht ernst nehmen und damit auch ein Zeichen gegen die rechte Szene setzen können.

Beim genaueren Betrachten einer Information der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (s. Anlage) lässt sich in den letzten Jahren sogar erkennen, dass die Wahlbeteiligung in der Gruppe der Wähler unter 21 Jahren und damit bei überwiegend Erstwählern höher ist als die bei den 21- bis 29-Jährigen. Es ist also sogar dringend geboten, jungen Menschen das Wahlrecht zuzusprechen. Wenn man das nicht tut, weil die Wahlbeteiligung so gering ist, müsste man eigentlich auch überlegen, den 21- bis 29-Jährigen das Wahlrecht wieder abzusprechen. Genauso gut könnte man Personen über 70 Jahren erklären, dass sie nicht mehr wählen dürfen, weil sie sich durchschnittlich weniger beteiligen als die 45- bis 69-Jährigen. Und das wird ja wohl keiner ernsthaft in Erwägung ziehen.

Außerdem ist es äußerst sinnvoll, Jugendliche, die noch zur Schule gehen, zu Themen zu hören, die sie unmittelbar betreffen: Jugendpolitik und Bildungs- bzw. Schulpolitik. Um dieser Wertschätzung Ausdruck zu verleihen, ist es nur allzu richtig, den Jugendlichen das vielleicht höchste Recht in der deutschen Demokratie zu geben: Das Wahlrecht.

Zudem müssen auch die Jugendlichen gesehen werden, die nicht mehr zur Schule gehen und sich in einer Ausbildungsverhältnis befinden. Damit stehen sie auch unter Einflüssen anderer Politikfelder. Je nach Ausbildung können die Entscheidungen im gesamten Feld der Landespolitik direkte Auswirkungen auf das Leben der Jugendlichen haben. Insofern ist es nur fair, sie auch mitentscheiden zu lassen, wer diese Entscheidungen treffen soll.

Und bei den Kommunalwahlen sieht man bereits, dass die Befürchtungen nicht zutreffen, die aussagen, dass Jugendliche bei ihrer Wahlentscheidung in Richtung der extremen Parteien tendieren. Diejenigen, die zur Wahl gehen, informieren sich in aller Regel ausführlich und treffen eine fundierte Wahlentscheidung. Allerdings sollte es auch das Ziel sein, die Wahlbeteiligung der Jugendlichen zu erhöhen. Wenn ihnen die Möglichkeit zur Wahl gegeben wurde, muss konsequenterweise auch geprüft werden, wie man ihnen den Stellenwert des Wahlrechts darstellen kann.

Seitdem mit der Einführung der aktuellen Kontingenzstundentafel von 1. August 2011 die Möglichkeit besteht, Wirtschaft/Politik-Unterricht auch in der Mittelstufe zu erteilen, ist bei vielen Schülern ein steigendes Interesse zu erkennen, das darauf basiert, dass sie wissen, worum es geht und dann mitreden wollen. Nur wenn man ihnen früh die Möglichkeit der Partizipation gegeben wird, kann dieses Interesse optimal erhalten bleiben.

Und auch wenn die nächste Landtagswahl erst für 2017 angesetzt ist, würden wir es außerordentlich begrüßen, dass diese Änderung des Landeswahlgesetzes zeitnah passiert, damit später eine gründliche Vorbereitung auf die Wahl stattfinden kann und ein Signal in Richtung der Jugendlichen geht, dass aussagt, dass solche Entscheidungen nicht nur zum Gewinn von Wählerstimmen getroffen werden, sondern weil sie gut und richtig für die Jugendlichen im Land sind.

Mit dem nochmaligen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen
für die Arbeitsgemeinschaft der LSVen SH



Lukas Johnsen
Landesschülersprecher der Gymnasien

Anlage

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

In Prozent der Wahlberechtigten, Bundestagswahlen 1953 bis 2009

